

Cornelia Hasler-Roost  
FDP die Liberalen  
Bohlstrasse 7a  
8355 Aadorf

Thomas Leu  
FDP die Liberalen  
Bachstrasse 71  
8268 Mannebach

| EINGANG GR |  |  |  |
|------------|--|--|--|
| GRG Nr.    |  |  |  |

## Einfache Anfrage «Rolle der Regierung im Abstimmungskampf»

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist die Regierung der Auffassung, dass ihre Interventionen im Abstimmungskampf zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung die Kriterien der Sachlichkeit, der Verhältnismässigkeit sowie der Transparenz erfüllen, wozu sie gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung verpflichtet ist? (BGE 145 I 1 E. 6.2 (vgl. auch BGE 145 I 175 E. 6.1; 143 I 78 E. 4.4 ff.)).
2. Ist die Regierung gewillt, Ihre Rolle in diesem Abstimmungskampf unabhängig untersuchen zu lassen?

### Begründung

Staatliche Behörden wie die Kantone haben sich im Vorfeld von Abstimmungen zurückzuhalten. Im Besonderen gilt dies für Abstimmungskämpfe im übergeordneten Gemeinwesen.

Kantone, die ein Kantonsreferendum ergreifen, dürfen ihren Standpunkt darlegen. Allerdings müssen sich deren Interventionen diesfalls an den Kriterien der Sachlichkeit, der Verhältnismässigkeit sowie der Transparenz messen lassen, wie sie auch für den Bundesrat gelten.

Die Regierung hat sich im Vorfeld der Abstimmung zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung medial mit einseitigen und zugespitzten Botschaften geäussert.

Es war die Rede von einer «staatspolitischen Atombombe», welche das Kantonsreferendum bedeute, einem «hochproblematischen Bundesgesetz», bei dem man sich frage, «wie ein nationales Parlament so eine unbedachte Vorlage durchwinken kann».

Weiter wurden Milliardenkosten schweizweit suggeriert, welche eine Annahme «nach sich ziehen dürfte». Dies ist rein spekulativ. Wie auch von einem immensen Arbeits- und Personalaufwand oder stark steigenden Ansprüchen bei Prämienverbilligungen zu sprechen. Zum jetzigen Zeitpunkt fehlen die Fakten.

Bei einer Annahme der Vorlage gilt eine **fünfjährige Frist**, um eine effiziente, administrativ tragfähige und praktikable Lösung auszuarbeiten, die eben dazu dient, die Vorlage in ihrem gemeinten Sinn umzusetzen.

Eine sachliche und differenzierte Diskussion stärkt das Vertrauen. Vorweggenommene Schlussfolgerungen hingegen schaffen Unsicherheit und tragen nicht zu einer konstruktiven Meinungsbildung bei.